

Pistolen für den Diktator

Rüstung Bei Waffen der Firma Sig Sauer wurden trickreich deutsche Ausfuhrkontrollen umschifft. Auch Scharfschützengewehre landeten in Krisenländern.

Wenn tödliche Präzisionswerkzeuge eine erotische Wirkung auf Waffenliebhaber ausüben, dann ist das SSG 3000 das pure Lustobjekt: ein Scharfschützengewehr, Handrepetierer, Fünf-Schuss-Magazin. Wer mit dem Hightech-Killer umgehen kann, trifft noch aus einem Kilometer Entfernung einen Rehbock. Und aus 200 Metern ins Auge.

Mit der Sig-Sauer-Waffe aus Eckernförde gehen deshalb auch Spezialeinheiten in aller Welt in ihre Einsätze, ob in Norwegen, Indien, der Slowakei oder Ägypten. Aber gerade weil man mit dem Gewehr aus einem Kilometer genauso gut Menschen erschießen kann, will die Bundesregierung auf keinen Fall, dass es in jedem Staat landet. Zum Beispiel nicht in Kolumbien, wo Regierung und Rebellen seit Jahrzehnten Krieg führen und oft nur schwer zu unterscheiden ist, wer die Guten sind und wer die Bösen. Waffenexportanträge für Kolumbien haben beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) deshalb keine Chance.

Ausgerüstet mit dem SSG 3000 sind Sicherheitskräfte der Kolumbianer offenbar trotzdem, und damit gerät Sig Sauer nun noch mehr in die Bredouille: Wie kam die Kopfschussknarre dorthin?

Schon seit Wochen geht die Staatsanwaltschaft Kiel dem Verdacht nach, dass die Führung von Sig Sauer in Amerika, aber auch einige Manager in Eckernförde ganz genau wussten, wo 65.000 Pistolen nach dem Verkauf in die USA am Ende landen würden – nämlich in Kolumbien. Vergangene Woche durchsuchten die Fahnder die Privathäuser der beiden deutschen Sig-Sauer-Eigentümer.

Mittlerweile gibt es aber auch Indizien, dass 500 SSG-3000-Scharfschützengewehre auf diesem Schleichweg nach Kolumbien geschafft wurden. Und auch bei Geschäften mit anderen Ländern deutet einiges darauf hin, dass Sig Sauer – allen voran der mächtige US-Statthalter Ron Cohen – die deutschen Behörden ausgetrickst haben könnte.

Dass das Scharfschützengewehr SSG 3000 bei der Bundespolizei in Kolumbien im Einsatz ist, gilt auf Expertenseiten



Präzisionsgewehr SSG 3000, Ermittler*: Hightech-Killer aus Deutschland

im Netz wie militaryfactory.com oder weaponsystems.net als Tatsache. Damit konfrontiert, bestätigt die Regierung in Bogota, dass sie Sig-Sauer-Gewehre gekauft habe. Aus Gründen der nationalen Sicherheit wolle sie keine weiteren Angaben machen. Nur so viel: Die Waffen stammten aus US-Fertigung.

Das mag formal korrekt sein. Die komplett montierte Mechanik inklusive Gewehrlauf für alle SSG 3000 kommt allerdings aus der Sig-Sauer-Fabrik in Eckernförde. In Amerika baut die Schwester Sig Sauer Inc., bis vor Kurzem mit Sitz in Exeter, New Hampshire, nur noch den

Kunststoffschaft an. Die Aufschrift „Exeter, NH“ weist die Waffe anschließend zwar als US-Produkt aus. Doch für die deutschen Behörden bleibt es immer noch eine deutsche Waffe, die nicht nach Kolumbien verkauft werden darf. Und dass das nicht passiert, muss Sig Sauer USA mit einem Endverbleibszertifikat garantieren, so wie bei jeder Schusswaffe aus deutschen Landen, auch der beliebten Pistole SP 2022.

Am 2. März 2011 stellte die US-Schwester für Sig Sauer in Eckernförde solch ein Zertifikat über 153.450 Pistolen aus und versicherte damit, dass die deutschen Waffen die USA nicht verlassen würden. Tatsächlich aber kaufte das US-Verteidigungsministerium einen großen Teil davon und

* Bei der Durchsuchung von Sig Sauer in Eckernförde Anfang Juli.

reichte sie nach Kolumbien weiter. Die Kieler Staatsanwaltschaft glaubt: mit Wissen von Sig Sauer in Eckernförde.

Noch mit demselben Endverbleibszertifikat versicherte Sig Sauer USA aber auch, dass 500 komplette Scharfschützengewehre SSG 3000 und 200 weitere SSG-3000-Systeme ohne Schaft in Amerika bleiben würden. Auch hier stellt sich die Frage: Würden sie auf dem gleichen Weg nach Kolumbien durchgeschoben wie vermutlich Tausende Pistolen, die dasselbe Zertifikat auflistet? Und wenn nicht, wie kam Kolumbien sonst an seine SSG 3000, für die Deutschland keine Ausfuhrgenehmigung erteilt hätte?

Dass Sig Sauer USA wenig Skrupel hat, das Gewehr gegebenenfalls auch in Krisenländer zu liefern, zeigt ein zweiter Fall, dokumentiert in den WikiLeaks-Protokollen mit dem Schriftverkehr von US-Botschaften. Demnach wollte Sig Sauer Ende 2007 das libanesische Verteidigungsministerium mit 50 SSG 3000 beliefern. Obwohl die Gewehre – zumindest ihre Technik – in Eckernförde produziert werden, trat als Verkäufer, so der Berichtsbericht, Sig Sauer USA in Exeter auf. Genehmigen sollte das Geschäft daher auch das U. S. State Department; die deutsche Ausfuhrkontrolle spielte offenbar keine Rolle. Ob das Geschäft abgeschlossen wurde, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Wie trickreich Sig Sauer agierte, zeigte sich auch ein Jahr später, nun mit Waffen für Indien. Im Herbst 2008 bestellte die Polizei des von Unruhen erschütterten Bundesstaates Jharkhand 500 Sig-Sauer-Pistolen. Am 2. Oktober bekam die US-Botschaft in Neu-Delhi ein Fernschreiben des State Department. Darin hieß es, dass eigentlich Sig Sauer Deutschland die Waffen liefern sollte. Doch „die deutsche Regierung hat den Export nicht genehmigt, was den Endnutzer dazu veranlasste, den Einfuhrantrag abzuändern und Sig Sauer USA als Bezugsquelle anzugeben“.

Unklar bleibt, ob Sig Sauer in Exeter den Indern nach diesem deutschen Nein trotzdem noch Waffen made in Germany liefern wollte, allerdings umetikettiert als US-Ware. Oder ob man fast baugleiche Pistolen aus der US-Fabrik schicken wollte. Schließlich nahm es Sig Sauer mit der Trennung zwischen deutscher und amerikanischer Produktion wohl nicht immer genau. So erhielt das Werk in Eckernförde für die Montage von Pistolen, die am Ende in Kolumbien landeten, offenbar Griffschalen aus Amerika mit fertig gelaserten US-Waffennummern.

Wie auch immer: Für die amerikanische Botschaft in Indien war die Lieferadresse im indischen Jharkhand jedenfalls kein Problem. Sie empfahl dem State Department, die Lieferung abzusegnen.

Andere Sig-Sauer-Geschäfte, die mit dem kasachischen Diktator Nursultan Nasarbajew, beschäftigen bereits die Justiz. Seit Oktober 2012 läuft ein Prozess, mittlerweile vor dem Tübinger Landgericht, gegen zwei Mitarbeiter der Juwenta DB aus Metzingen (SPIEGEL 42/2012). Die inzwischen verkaufte Firma machte Geschäfte mit Kasachstan. Die Staatsanwälte werfen dem Angeklagten Boris M. und einem Projektmanager vor, keine Lizenz für den Waffenhandel besessen zu haben; diese bestreiten die Vorwürfe.

In den vergangenen Jahren lieferte Sig Sauer auf Bestellung von Juwenta Hunderte Pistolen an die Präsidentengarde und die Anti-Terror-Einheit Arystan. Am Anfang noch mit einer Ausfuhrgenehmigung, deshalb richtete sich das Verfahren zunächst nicht gegen Sig Sauer. Inzwischen ermitteln Staatsanwälte aber auch gegen den Hersteller. Denn im März 2010 stoppte das Bafa den Export von 70 Pistolen an die Präsidentengarde, aus Sorge um die Menschenrechtslage in Kasachstan.

Sig Sauer wollte sich das Geschäft mit dem Regime aber offenbar nicht nehmen lassen. Die Firma soll die Lieferung der Pistolen auch in diesem Fall über die amerikanische Zweigstelle in Exeter abgewickelt haben. Die Staatsanwaltschaft geht



Sig-Sauer-Kunde Nasarbajew
„Weltweite Spitzenqualität“

von einem Umgehungsgeschäft aus. Nach Ansicht der Ermittler gab Sig Sauer an, die Ware sei für den US-Zivilmarkt bestimmt. Am Ende seien die 70 Pistolen plus Zubehör jedoch nach Kasachstan gelangt. Darauf deutet auch ein Brief aus der Firmenzentrale in Eckernförde an die Präsidentengarde in Kasachstan hin.

Am 18. März 2010 bedankte sich ein deutscher Manager darin für die Bestellung. Das Unternehmen freue sich darauf, Waffen von „weltweiter Spitzenqualität“ zu liefern. Sig Sauer bemühe sich derzeit noch, eine Exportlizenz für die Waffen zu erhalten. Wegen „veränderter Rechtsvorschriften“ müsse die Bestellung nun über die Vereinigten Staaten laufen. Er sei sich

aber sicher, dass Sig Sauer bald liefern könne, und entschuldige sich für die entstandenen „Unannehmlichkeiten“.

Mitte Oktober 2010 wurden die Pistolen schließlich aus den USA nach Kasachstan exportiert. Die Ermittler glauben nachweisen zu können, dass zumindest ein Teil der Waffen aus Deutschland stammt. Damit hätte es sich um einen ungenehmigten Export gehandelt, was nach Ansicht der Ermittler sowohl Juwenta als auch Sig Sauer in Deutschland und den USA klar gewesen sein soll.

Andreas Jede, der Verteidiger des Angeklagten Boris M., widerspricht. Sein Mandant habe nicht gewusst, dass es strafbar sei, ein Geschäft über die USA abzuwickeln, wenn es in Deutschland nicht erlaubt wird. Er sei davon ausgegangen, dass sich Sig Sauer legal verhalte.

Die Staatsanwaltschaft Tübingen leitete einen Teil ihrer Akten an ihre Kieler Kollegen weiter. Die durchsuchten schon im Januar, Monate vor der Razzia wegen der Pistolenlieferung nach Kolumbien, die Sig-Sauer-Zentrale in Eckernförde, um Papiere zum Kasachstan-Geschäft zu sichern. Der Verdacht: Verstöße gegen das Außenwirtschaftsrecht.

Die Firma will sich zu einzelnen Geschäften mit Blick auf die laufenden Ermittlungen nicht im Detail äußern. Sig Sauer habe aber „stets sämtliche Auflagen der Ausfuhrgenehmigungen erfüllt“. In Eckernförde vertritt man die Ansicht, dass die an die amerikanische Schwesterfirma gelieferten Waffen nicht mehr der deutschen, sondern der US-Exportkontrolle unterliegen. Das sei im Falle Kolumbiens so, weil es sich bei dem Käufer um eine US-Behörde, das Verteidigungsministerium, gehandelt habe. Für die gelte eine spezielle Regelung, wonach sie die gelieferten Waffen nach ihren eigenen Vorschriften weiterexportieren dürfe. Hat da ein Waffenhersteller geschickt eine Lücke in deutschen Rechtsvorschriften ausgenutzt?

Das zu klären ist nun Aufgabe der Staatsanwaltschaft Kiel. Ebenso wie die Frage, was die deutsche Sig-Sauer-Geschäftsführung über den endgültigen Zielort der Waffen wirklich wusste. Oder ob das Management von Sig Sauer in den USA allein die Fäden zog.

Bei deutschen Ausfuhrkontrolleuren jedenfalls steht Sig Sauer erst mal unter Generalverdacht. Vorsichtshalber hat das Bafa alle Neuaufträge eingefroren, die nicht aus EU-Staaten kommen. Im Unternehmen gibt es deshalb angeblich schon Pläne, wie es weitergehen soll. Die deutsche Firmensparte spielt demnach künftig nur noch eine Nebenrolle, mit Vertrieb und Service. Die Fertigung würde dagegen ganz aus Eckernförde abgezogen. Richtung USA.

Sven Becker, Jürgen Dahlkamp,
Jens Glüsing, Jörg Schmitt